

---

## PICUM QUARTALSRUNDBRIEF

### April - Juni 2016

#### GRENZEN

#### VEREINTE NATIONEN

#### ENTWICKLUNGEN IN DER EU-POLITIK

#### NATIONALE ENTWICKLUNGEN

#### GESUNDHEITSWESEN

#### ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

#### FRAUEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS

#### KINDER OHNE AUFENTHALTSSTATUS UND IHRE FAMILIEN

#### ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

#### VERÖFFENTLICHUNGEN UND PUBLIKATIONEN

### GRENZEN

#### **EU / Verlängerung des Mandats der Militäroperation der Europäischen Union, Erfolg bei der Zerschlagung von Schmugglernetzwerken angezweifelt**

Der Rat der Europäischen Union kündigte am 20. Juni 2016 an, dass Mandat des EUNAVFOR MED Einsatzes Sophia bis zum 27. Juli 2017 zu verlängern. Des Weiteren fügte der Rat dem Mandat zwei neue Aufgaben zu: die libysche Küstenwache und Marine weiterzubilden und zur Umsetzung des UNO Waffenembargos auf hoher See vor der Küste Libyens beizutragen. Dies bedeutet, dass durch den Einsatz nun Schiffe auf See durchsucht werden können, mit dem Ziel, Waffenlieferungen an den Islamischen Staat zu verhindern. EUNAVFOR MED wurde im Juni 2015 von der EU eingesetzt, um Schiffe von Schleusern und Menschenhändlern zu erkennen und zu beseitigen. Im Februar 2016 wurde ein [Wikileaks Bericht](#) veröffentlicht, der Details zum Einsatz liefert. Er beinhaltet Informationen über Meeresüberquerungen von Migrant\_innen und Flüchtlingen in die EU und stellte fest, dass der Einsatz seit dem 29. Januar zur Rettung von 8.336 Migrant\_innen und zur Zerstörung von 67 Schleuserschiffen geführt hat. Unterdessen hat ein Bericht des [EU Unterausschusses für auswärtige Angelegenheiten des House of Lords](#) des Britischen Parlaments festgestellt, dass der Einsatz den Menschenschmuggel nicht effizient reduziert.

Quellen: [Rat der Europäischen Union, Pressemitteilung](#) 20. Juni 2016; [Reuters](#), 20. Juni 2016; [Migrants' Rights Network](#), 13. Mai 2016

#### **EU-LIBYEN / EU Plan zur Kooperation mit Libyen riskiert Misshandlung und unbefristete Abschiebehaf für Migrant\_innen, warnt Amnesty International; potenzielle Verlängerung des NATO Einsatzes**

Amnesty International warnt, dass die Pläne der EU, die libysche Küstenwache im Rahmen des anti-Schmuggel Einsatzes EUNAVFOR Med auszubilden und mit ihnen Informationen zu teilen, zu zunehmenden Menschenrechtsverletzungen führen könnten. Aussagen von Migrant\_innen, die von Amnesty International während Besichtigungen in Sizilien und Puglia in Italien im Mai 2016 gesammelt wurden, offenbaren Missbrauch durch die libysche Küstenwache in Abschiebehafzentren in Libyen. Amnesty sprach mit 90 Menschen, die die Überfahrt von Libyen nach Italien überstanden hatten; 20 von ihnen berichteten von Schießereien und Prügelattacken während sie von der libyschen Küstenwache abgeholt wurden, sowie von Folter in libyschen

Abschiebehaftzentren für Flüchtlinge und Migranten. Ehemalige Häftlinge sagten, dass Wächter sie tagtäglich mit Holzstäben, Stromkabeln und Gewehren schlugen und sie ebenfalls Stromschlägen aussetzten. Einige berichteten, Menschen in Haft sterben zu sehen, entweder erschossen oder von Aufsehern zu Tode geprügelt. Mindestens 3.500 Menschen wurden zwischen dem 22. und 28. Mai 2016 auf hoher See erfasst und in Abschiebehaftzentren gebracht. Im April 2016 bat Italien, laut dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi und dem Verteidigungsminister Roberta Pinotti, den NATO Einsatz ‚Active Endeavor‘, der momentan in der Ägäis agiert, auch die libysche Küste überwachen zu lassen.

Quellen: [Amnesty International, Pressemitteilung](#) 14. Juni 2016; [The Independent of Malta](#), 26. April 2016

### **EU-TÜRKEI / Vereinbarkeit des Abkommens mit EU Recht zweifelhaft, Beweise von Menschenrechtsverletzungen**

Nach der Einigung über das EU-Türkei Abkommen im März 2016 wurden zunehmend Bedenken von der Zivilgesellschaft und politischen Entscheidungsträgern geäußert. Das Abkommen sieht einige Aktionspunkte vor, einschließlich der Rückkehr von Migrant\_innen ohne Aufenthaltsstatus in die Türkei, die von der Türkei aus nach Griechenland gelangen; dass die Türkei alle nötigen Maßnahmen ergreifen wird, um die Entstehung neuer Routen über Land oder See für irreguläre Migranten zu verhindern und dass für jeden Syrer der in die Türkei zurückkehrt ein weiterer Syrer von der Türkei in die EU umgesiedelt wird, mit Aussicht auf eine Aufhebung der Visapflicht für türkische Staatsbürger. Dies setzt voraus, dass alle Richtlinien der [Visaliberalisierung](#) gegeben sind. Mitglieder des Europäischen Parlaments äußerten sich besorgt über die Vereinbarkeit des Abkommens mit EU-Recht und internationalem Recht und über mangelnde Überwachung dessen. [Eine Delegation der GUE/NGL](#) (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) Abgeordneten stellte während eines Besuches in der Türkei fest, dass abgeschobene Personen keine Möglichkeit hatten, in Griechenland oder der Türkei Asyl zu beantragen und dass viele von ihnen, darunter auch Kinder, unter gefängnisartigen Bedingungen mit keinem oder nur wenig Zugang zu Telefonen und rechtlicher Hilfe festgehalten werden. Die Delegation dokumentierte Zurückweisungen in die Türkei, die von der bulgarischen und griechischen Polizei durchgeführt wurden, und hörte Zeugenaussagen von Menschen, die von der Polizei beschossen wurden und/oder in Kriegszonen nahe der türkisch-syrischen Grenze lebten. Ein [Themenpapier](#) des Europäischen Jesuiten-Flüchtlingsdienstes befasst sich mit zahlreichen Fragen zu den Abschiebungen in die Türkei, Familienzusammenführung, Abschiebehaft, Umsiedlung, Diskriminierung auf Grund der Nationalität und der Möglichkeit einer „Sicherheitszone“ in Syrien. WatchTheMed Alarm Phone berichtete von einem Boot mit 53 Migrant\_innen und Flüchtlingen an Bord, darunter 14 Kindern, das von Cesme in der Türkei auf dem Weg zur griechischen Insel Chios war, und am 11. Juni wieder zurück in die Türkei geschickt wurde. Human Rights Watch (HRW) [untersucht einen Fall](#), in dem im Juni bis zu 11 Syrier vom türkischen Grenzschutz erschossen wurden. Berichte enthalten Filmaufnahmen, die mutmaßlich kurz nach den Schießereien gemacht wurden und verletzte und tote Menschen zeigen. Ärzte ohne Grenzen (MSF) kündigte am 17. Juni an, dass es keine weiteren Gelder der Europäischen Union annehmen werde, im Protest gegen die Migrationspolitik der EU, besonders im Bezug auf das EU-Türkei Abkommen. [Analysen](#) einiger Rechtsexperten fanden nach einer individuellen Beurteilung, dass die Türkei nicht als „sicheres Drittland“ kategorisiert werden kann und daher ein „erster Asylstaat“ sei. Unterdessen, hat die Europäische Kommission ihren [Bericht zu Fortschritten in der Umsetzung des EU-Türkei Abkommens](#) verabschiedet. Obwohl von ‚Erfolgsnummern‘ und ‚gutem Fortschritt in der Durchführung‘ berichtet wird, erkennt der Bericht an, dass der Fortschritt ‚schwach‘ ist und impliziert einen Mangel an politischem Engagement.

Quellen: [Rat der Europäischen Union, Pressemitteilung](#), 7. März 2016; [Europäische Kommission, Pressemitteilung](#), 4. Mai 2016; [EU Observer](#), 10. Mai 2016; [Europäisches Parlament, Pressemitteilung](#) 10. Mai 2016; [WatchTheMed Alarm Phone](#), 15. Juni 2016; [BBC](#), 17. Juni 2016; [Europäische Kommission Pressemitteilung](#), 15. Juni 2016

### **FRONTEX / Dritter Jahresbericht des Frontex Beratenden Forums für Grundrechte**

Der dritte Jahresbericht des Frontex Beratenden Forums für Grundrechte (Consultative Forum on Fundamental Rights) gibt einen Überblick über die Aktivitäten des Beratenden Forums im Jahr 2015. Unter den vielfältigen Aktivitäten, hatte das Forum Fortbildungen beobachtet, den Einsatz Triton begutachtet, eine Studie über Gleichstellung innerhalb von Frontex initiiert und sich am gemeinsamen Einsatz VEGA Children beteiligt. Der Bericht betont die Unterstützung des Beratenden Forums für die Einrichtung eines individuellen Beschwerdemechanismus, um einen Zugang zur Justiz und wirksamen Rechtsbehelfen für Menschen zu gewährleisten, die von Frontex Einsätzen betroffen sind. Für weitere Informationen über das Beratende Forum und um den Bericht zu lesen, klicken Sie [hier](#).

### **MITTELMEER / Tausende Migranten kommen im ersten Halbjahr 2016 an, mehr als 2.800 sterben**

Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM), sind 222.291 Migranten und Flüchtlinge im ersten Halbjahr 2016 über See nach Europa eingereist und in Italien, Griechenland, Zypern und Spanien angekommen. Im ersten Halbjahr 2016 sind geschätzt 2.888 Menschen im Mittelmeer zu Tode gekommen, verglichen mit 1.838 im ersten Halbjahr 2015. Die italienische Küstenwache berichtete, dass mehr als 7.100 Menschen zwischen dem 23. und 24. Juni allein gerettet wurden und mehr als 3.000 Migranten am 26. Juni in 26 verschiedenen Einsätzen vor der libyschen Küste gerettet wurden. Der kürzlich veröffentlichte Multimediabericht „Tot durch Rettung“ („Death by Rescue“) von Forensic Oceanography in Zusammenarbeit mit WatchTheMed, der im Rahmen des Economic and Social Research Council (ESRC) entstand, erinnert an die Verantwortung der EU Institutionen und der Mitgliedstaaten für die tödlichen Folgen ihrer Politik und fordert eine grundlegende Neuausrichtung von Politik, die Migrantenbewegungen blockieren, zu einer Politik, die eine legale und sichere Überfahrt gewähren würde.

Quellen: [Internationale Organisation für Migration \(IOM\), Pressemitteilung](#), 26. Juni 2016; [The Local](#), 27. Juni 2016; [The Guardian](#), 24. Juni 2016

### **SPANIEN / Grenzoffiziere beschuldigt Migranten mißhandelt zu haben, werden ausgezeichnet**

Der spanische Innenminister, Jorge Fernando Diaz, kündigte die offizielle Auszeichnung von acht spanischen Grenzbeamten (Guardia Civil) an, die des Missbrauchs von afrikanischen Migranten in der nordafrikanischen Enklave Melilla im Oktober 2014 beschuldigt werden (siehe PICUM [Bulletin](#), 30. Oktober 2014). Eine Gruppe spanischer Organisationen, darunter Andalucía Acoge, SOS Racismo, APDH-A und Prodein, forderte eine Untersuchung des Falles, nachdem Videomaterial gezeigt wurde, dass die Mißhandlung mindestens eines Migranten bis zur Bewusstlosigkeit zeigte. Die acht Wächter erhielten das spanische Verdienstkreuz, nachdem das Landgericht Malaga (Audiencia Provincial de Málaga) entschieden hatte, dass die Beamten keine exzessive Gewalt eingesetzt hätten und es keinen Grund für eine Fortsetzung der Untersuchung des Falles gäbe. Eine Gruppe von mehr als 100 Organisationen wandte sich an Jorge Fernando Diaz in einem [gemeinsamen Brief](#) und beschuldigten ihn, unmenschliche und illegale Aktionen der Wärter zu belohnen. Unterdessen hatte die spanische Regierung eine Gruppe von 300 Migranten aus Ländern südlich der Sahara ausgewiesen, die versucht hatten die Grenze zu Melilla am 21. März 2016 zu überqueren. Kurz zuvor hatte die Regierung angegeben, gegen kollektive Ausweisungen von Migrant\_innen im Rahmen des EU-Türkei Abkommen zu sein.

Quellen: [EuroWeekly](#), 12. Mai 2016; [El Diario](#), 21. März 2016; [El Periódico de Melilla](#), 11. April 2016; [Agencia EFE](#), 2. Mai 2016

## **VEREINTE NATIONEN**

### **VN / Hoher Kommissar für Menschenrechte hebt Zunahme der Abschiebehaft in Griechenland und Italien hervor**

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen, Zeid Ra'ad Al Hussein, hat die zunehmende Haltung gegen Migrant\_innen in europäischen Ländern in seiner Rede vor dem Menschenrechtsrat im Juni 2016 kritisiert. Er hob auch den ‚besorgniserregenden‘ Anstieg der Zahl von Migrant\_innen, die in Griechenland und Italien in Abschiebehaft festgehalten werden, hervor, was auch zunehmend unbegleitete Kinder einschließt. Er betonte, dass Abschiebehaft nie im besten Interesse eines Kindes ist, was Zielen der Migrationspolitik vorangestellt werden sollte. Er drängte Behörden dazu, Daten zu Personen in Abschiebehaft zu sammeln und drängte die EU, eine Möglichkeit zu finden, die aktuelle Migrationssituation so in Angriff zu nehmen, dass die Rechte aller betroffener Personen eingehalten werden.

Quelle: [Morocco World News](#), 13. Juni 2016

### **VN / Stellvertretender UN-Generalsekretär spricht sich für vermehrte Bemühungen zur Integration von Flüchtlingen und Migrant\_innen ohne Aufenthaltsstatus aus**

Der stellvertretende UN-Generalsekretär Jan Eliasson betonte am 18. Mai 2016 die Bedeutung von Bemühungen, MigrantInnen und Flüchtlingen die Möglichkeiten, die Städte und Gemeinden bieten zu erschließen, damit sie ein Leben in Würde führen können. Während seiner Rede bei einem Treffen der Vereinten Nationen (‘Large Movements of Refugees and Migrants: Critical Challenges for Sustainable Urbanization’) in New York, sagte Herr Eliasson, dass die Unterstützung für Zielländer, damit sie Neuankömmlinge integrieren können, thematisiert werden müsse.

Quelle: [The Internationale Organisation für Migration](#), 19. Mai 2016

## EUROPÄISCHE POLITIKENTWICKLUNG

### EU / Bedürfnis für mehr Rechtsklarheit und geeigneter Verfahren für alle in Hotspots

Der Bericht 'On the frontline: the hotspot approach to managing migration' ('An vorderster Front: das Hotspot-Konzept zur Steuerung von Migration') unterstreicht die Notwendigkeit für mehr Rechtsklarheit des "Hotspots" Ansatzes in Bezug auf die Rolle der Agenturen, die an deren Betrieb beteiligt sind (Frontex, EASO und Europol), und fordert Rechenschaftspflicht für Grundrechtsverletzungen. Der Bericht, der im Auftrag des Ausschusses für Bürgerrechte des Europäischen Parlaments (LIBE) entstand, untersucht die Umsetzung des "Hotspot" Ansatzes in Griechenland und Italien. Eine Reihe von politischen Empfehlungen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurde gemacht, darunter: die Notwendigkeit für Regulierung der Hotspots durch eigenständige Rechtsinstrumente zu erwägen; die Etablierung von Grundrechten in den Hotspots und eindeutigerer Regeln über den Umfang der Haftung und Verantwortlichkeit; darauf zu bestehen, dass geeignete Verfahren für alle Schutzsuchenden in den Hotspots garantiert werden, wie es in der EU-Asylverfahrensrichtlinie festgelegt ist; darauf zu bestehen, dass die Bemühungen alle Migrant\_innen, die in den Hotspots ankommen zu registrieren und identifizieren, andauern um Umsiedlung und Rückkehrverfahren zu fördern und die allgemeine Sicherheit zu verbessern; auf eine grundlegende Änderung der Dublin-Verordnung und einem bindenden Verteilungssystem zu bestehen; Pläne, die Dublin-Rückführungen nach Griechenland wiederaufzunehmen angesichts der aktuellen Bedingungen im Land zu begutachten; die EU Kommission dazu aufzurufen, die Umsetzung des EU-Türkei Abkommens sorgfältig zu überwachen. Lesen Sie den Bericht [hier](#).

### EU / Neues Rahmenwerk des Migrationsmanagements will mehr Abschiebungen und die Abschreckung irregulärer Migration bezwecken

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 7. Juni 2016 eine Mitteilung, dass unter der Europäischen Migrationsagenda ein neues [Rahmenwerk für Partnerschaften mit Drittstaaten](#) eingerichtet wird. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, Finanzmittel für die externe Zusammenarbeit einzusetzen, um von den Herkunfts- und Transitländern als Austausch Maßnahmen zur Abschreckung der Migration zu erwirken. Ziele sind mehr Abschiebungen, die Gewährleistung, dass Migrant\_innen und Geflüchtete in ihrem Herkunftsland bleiben sowie die Entwicklung der Drittstaaten auf lange Sicht so zu stärken, dass Fluchtursachen thematisiert werden. Der Vorschlag wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen stark kritisiert. Eine Gruppe von über 130 Organisationen veröffentlichte eine [Stellungnahme](#), bevor der Europarat am 28. und 29. Juni 2016 tagte, um über den Vorschlag zu diskutieren. In der Stellungnahme wird unter anderem die Sorge ausgedrückt, dass Rechte verletzt würden, sowie die Kritik an dem Vorschlag, der alle Beweise ignoriere, dass alle Abschreckungsmaßnahmen, die Migration stoppen sollen, ineffektiv seien. Die [Schlussfolgerung des Rates](#) unterstreicht den Vorschlag und verpflichtet zur schnellen Umsetzung des Rahmenwerks. Es soll mit einer begrenzten Zahl von Ländern mit hoher Priorität begonnen werden.

Quellen: [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#), 7. Juni 2016; [Politico](#), 7. Juni 2016

### EUROPÄISCHE KOMMISSION / Veröffentlichung eines neuen Aktionsplans für die Integration von Drittstaatenangehörigen

Die EU Kommission veröffentlichte am 7. Juni 2016 eine neue [Agenda für die Integration von Migrant\\_innen](#). Die Rolle der EU bei der Integration von Drittstaatenangehörigen in Mitgliedsstaaten ist ergänzend und bezieht sich mehr auf die finanzielle Unterstützung und den Austausch von guten Methoden. Der Aktionsplan setzt auf fünf Schlüsselbereiche: Integrationsmaßnahmen vor und nach der Ankunft mit einem Fokus auf Migrant\_innen mit internationalem Schutzstatus; Bildung, Lohnarbeit und Ausbildung; Zugang zu Grundleistungen wie Gesundheitsversorgung und Unterkunft; und die aktive Beteiligung von Migrant\_innen an der Gesellschaft. Die Europäische Kommission listet diverse Maßnahmen auf, die innerhalb dieser fünf Bereiche unterstützt werden. Unter anderem werden Projekte unterstützt, die Fähigkeiten von Drittstaatenangehörigen fördern; Maßnahmen, die Barrieren abbauen, welche Kinder von Migrant\_innen von frühkindlicher Bildung abhalten; Pilotprojekte, die Unternehmen von Migrant\_innen fördern; Initiativen, die Mitgliedsstaaten unterstützen, wenn diese Wohnungsmangel haben sowie Projekte, die den interkulturellen Dialog fördern.

Quelle: [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#), 7. Juni 2016

### GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION / EU Rückführungsrichtlinie: undokumentierte Migrant\_innen dürfen nicht ausschließlich wegen ihres irregulären Grenzübertritts inhaftiert werden

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) überbrachte seine Entscheidung im Fall C-47/15 *Affum vs. Préfekt von Pas-de-Calais* am 7. Juni 2016. Der Fall betraf eine ghanaische Staatsangehörige, Frau Affum, die von

der französischen Polizei im Eingang des Eurotunnels in Coquelles abgefangen wurde, als sie mit dem Bus von Belgien durch Frankreich fuhr, um nach Großbritannien einzureisen. Sie konnte keine Identifikationspapiere vorweisen. Gemäß dem französischen Gesetz wurde Frau Affum wegen irregulärer Einreise inhaftiert und nach dem Rückübernahmeabkommen zwischen Frankreich und den Benelux-Staaten ordnete der Präfekt von Pas-de-Calais ihre Abschiebung nach Belgien sowie eine fünftägige Abschiebungshaft an. Übereinstimmend mit der früheren Rechtsprechung befand der Gerichtshof, dass die Rückführungsrichtlinie bei Drittstaatenangehörigen anzuwenden sei, die das Gebiet eines Staats irregulär betreten und sich folglich irregulär in dem Land aufhalten. Drittstaatenangehörige sind nicht von dem Geltungsbereich der Rückführungsrichtlinie ausgeschlossen, wenn sie das Land durchqueren – die Richtlinie sei unabhängig der Aufenthaltsdauer anzuwenden. Der Gerichtshof lehnte Frankreichs Position ab, dass Frau Affum auf der Grundlage von Artikel 2, Absatz 2a von dem Geltungsbereich der Rückführungsrichtlinie ausgeschlossen werden könne, da der Artikel Migrant\_innen betrifft, die Außengrenzen übertreten. Frau Affum habe Frankreich aber von einem anderen Schengenstaat aus betreten. Der Fakt, dass sie Frankreich durchquerte, um nach Großbritannien zu gelangen und somit den Schengenraum verlassen wollte, fällt nicht unter den Artikel 2, Absatz 2a. Die vollständige Rechtssprechung ist [hier](#) abzurufen; eine Zusammenfassung kann [hier](#) gelesen werden.

Quelle: [Pressemitteilung](#) des Gerichtshofs, 7. Juni 2016;

### **EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE / Recht von Migrant\_innen auf Familienleben durch dauerhafte Wiedereinreisesperre nach Griechenland**

Am 19. Mai 2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall *Kolonja vs. Griechenland* (Antrag no. 4944/12) geurteilt, dass Griechenland den Artikel 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt hat. In dem Fall ging es um einen albanischen Staatsangehörigen, der 1999 strafrechtlich wegen eines Drogendelikts verurteilt worden war und dem die Behörden deshalb eine lebenslange Wiedereinreisesperre für Griechenland auferlegt hatten. Der Antragsteller, Sohn von albanischen Eltern griechischer Abstammung, lebte seit 1989 in Griechenland. Mit seiner griechischen Frau hat er zwei Kinder, die griechische Staatsangehörige sind. 2004 wurde Herr Kolonja nach Albanien abgeschoben. Sein Gesuch zur Wiederaufnahme an den Justizminister wurde abgelehnt. Er reiste 2007 irregulär nach Griechenland und arbeitete vier Jahre bevor er in Abschiebehaft genommen wurde. Das Gericht fasste zusammen, dass die lebenslange Wiedereinreisesperre im Interesse von legitimen Zielen wie Sicherheit und Prävention von Kriminalität auferlegt wurden, aber dennoch Artikel 8 verletzte, da sie weder verhältnismäßig noch notwendig war, um diese Ziele zu erreichen. Das Gericht vermerkt, dass der Antragsteller in den 16 Jahren seit seinem Verstoß keine Anzeichen einer Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit dargestellt hat, wie es auch diverse nationale Behörden bestätigten. Dies bestätige die Stärke seiner Verbundenheit mit Griechenland, wo er mehr als die Hälfte seines Lebens verbracht hatte. Eine lebenslange Wiedereinreisesperre für Griechenland würde zu der Zerstörung der familiären Bindungen führen – eine besonders angemessene Berücksichtigung, wenn die Interessen seines Sohns betrachtet werden, der erst sechs Jahre alt war, als das Urteil gefällt worden war. Um das Urteil (in französisch) zu sehen, [hier](#) klicken.

## **NATIONALE ENTWICKLUNGEN**

### **ÖSTERREICH / Abstimmung für ein Gesetz , dass die Ablehnung von Asylgesuchen an der Grenze erlaubt**

Das österreichische Parlament hat am 27. April 2016 für ein restriktives Asylgesetz gestimmt. Durch dieses Gesetz kann die Regierung den Notstand ausrufen, wenn hohe Zahlen von Migrant\_innen und Geflüchteten an den Grenzen ankommen. Behörden wird damit ermöglicht, Menschen, die einen Asylantrag stellen wollen, die Einreise zu verweigern. Der Notstand könne für sechs Monate ausgerufen und auf zwei Jahre verlängert werden. Migrant\_innen und Geflüchtete, die nahe Verwandte in Österreich haben sowie unbegleitete Minderjährige und geflüchtete Frauen oder Migrant\_innen mit kleinen Kindern sind von dieser Maßnahme ausgeschlossen. Widerspruch gegen die Rückschiebung kann nur nach der Rückführung eingelegt werden. Das Gesetz begrenzt des Weiteren die Möglichkeiten der Familienzusammenführung. Diverse Politiker, Organisationen und Institutionen kritisierten das Gesetz, wie z.B. [Human Rights Watch](#) (HRW) und [Nils Muiznieks](#), der Menschenrechtskommissar des Europarats.

Quellen: [Die Welt](#), 29. April 2016; [Die Welt](#), 27. April 2016; [APA](#), 21. April 2016; [The Guardian](#), 28. April 2016.

### **BELGIEN / Kampagne gegen Vorurteile**

Im April 2016 veröffentlichte die belgische Nichtregierungsorganisation CIRÉ eine Anti-Vorurteil Kampagne als Reaktion auf den negativen Diskurs über Migrant\_innen und Geflüchtete in Belgien. Die Kernaussage der

Kampagne ist es Vorurteile zu fürchten, nicht Migrant\_innen und Geflüchtete. Die Absicht ist, Menschen zu informieren und sie anzuregen, ihre Positionen zu reflektieren und hinterfragen. CIRÉ ist ein Netzwerk von Organisationen, das anwaltschaftlich Fragen bezüglich Migrant\_innen, Asylsuchenden und Geflüchteten reflektiert und koordiniert. Die Kampagne nutzt den Hashtag #DéfenseDeNourrirLesPréjugés (“Vorurteile füttern verboten”) und steht [hier](#) zur Verfügung (auf französisch).

### **DEUTSCHLAND / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wegen verzögerter Asylverfahren verklagt während die Zahl der Kirchenasyle und der Hassverbrechen steigt**

Eine steigende Zahl von Schutzsuchenden Menschen, die in Deutschland Asyl beantragt haben, verklagen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wegen verzögerter Antragsverfahren und Inaktivität bei der Bearbeitung ihrer Fälle. Wie Medien berichten, wurden bis Ende März 2016 3.271 Verfahren wegen Untätigkeit bei den Verwaltungsgerichten in Deutschland eingeleitet, was ein Anstieg von 40% im Vergleich zu Ende 2015 bedeutet. Das Bundesamt wurde zunehmend dafür kritisiert, dass Verfahren nicht weiter verfolgt wurden, unzureichend ausgebildetes Personal eingestellt wurde und die steigende Anzahl von Asylanträgen zu einer Überforderung geführt hat. Die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche berichtet derweil, dass 2015 bundesweit insgesamt 1.015 Personen (darunter über 240 Kinder und Jugendliche) in Kirchengemeinden Schutz gefunden haben, so viele wie nie zuvor. Amnesty International berichtete von der steigenden Anzahl von Hasskriminalität in Deutschland in ihrem Bericht “[Leben in Unsicherheit: Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt](#)”. Der Bericht zeigt detailliert die wachsende rassistische Gewalt. So wurden mit 1.031 Fällen in 2015 16 mal mehr Verbrechen dokumentiert als in 2013 mit 63 Fällen.

Quellen: [Die Welt](#), 11. Juni 2016; [Deutsche Welle](#), 21. Juni; [Bag Asyl in der Kirche, Pressemitteilung](#), 3. Juni 2016

### **IRLAND / Ergebnis einer Umfrage: Irische Organisation schlägt Legalisierungsmaßnahme vor**

Die Organisation Migrant Rights Centre Ireland (MRCI, Zentrum der Rechte von Migrant\_innen Irland) veröffentlichte die Ergebnisse einer Umfrage unter irregulären Migrant\_innen in Irland. Die Organisation hat in einer Umfrage herausgefunden, dass von 1.008 irregulären Menschen, 84% seit über fünf Jahren und 21% über zehn Jahre in Irland lebten. MRCI legt dar, dass die fehlende Legalisierung den Staat allein durch den direkten Steuerverlust jährlich 41€ Millionen Euro kostet. Eine Legalisierungsmaßnahme würde 12 mal mehr Geld einbringen, als sie kosten würde. Die Ergebnisse wurden unter anderem am 3. Mai 2016 auf der MRCI Konferenz in Dublin diskutiert. Eine Meinungsumfrage im vergangenen Jahr zeigte, dass 69% der Bevölkerung [die Idee einer Legalisierung befürwortet](#). Um die Ergebnisse der Umfrage zu lesen, klicken Sie [hier](#).

Quelle: [Pressemitteilung Migrant Rights Centre Ireland \(MRCI\)](#), 3. Mai 2016

### **ITALIEN / Migrant\_innen werden aufgrund ihrer Nationalität von Schutzgesuchen ausgeschlossen**

Menschen, die aus Ländern kommen, deren Quote für ein Recht auf Asyl unter 75% liegt, werden häufig direkt als irreguläre Migrant\_innen bezeichnet, ohne ausreichende Unteersuchung eines möglichen Anspruches auf Schutz im Verfahren der italienischen Polizei. Oft wird ihnen Rechts- und Sozialberatung verweigert. Sie verbleiben meistens undokumentiert im Land, mit wenig oder keinem Anspruch auf ihre Rechte. In einem Brief an die Questura (italienisches Polizeipräsidium) vom 29. April 2016, verurteilten die italienischen Organisationen ASGI und NAGA die unzureichenden Verfahren zur Feststellung von Schutzbedürftigkeit in den unterschiedlichen Polizeistationen in Mailand. Wenn Asylsuchende internationalen Schutz beantragen, bekommen sie einen Vordruck mit Fragen, den sie ausfüllen müssen, um zu beurteilen, ob sie effektiven Schutz erhalten sollen oder nicht. Im letzteren Fall bekommen die Antragsteller\_innen unmittelbar einen Ausweisungsbefehl ohne Prüfung ihrer Schutzansprüche. Zusätzlich ist es Anwälte\_innen und Sozialarbeiter\_innen nicht erlaubt die Antragsteller\_innen zu begleiten, was eine zusätzliche Gefährdung ist, da sie regelmäßig nicht über ihre Rechte informiert werden. Die Stellungnahme ist [hier](#) abrufbar.

Quellen: [The Guardian](#), 6. Mai 2016; [ASGI](#), 2. Mai 2016

## **GESUNDHEITSVERSORGUNG**

### **DEUTSCHLAND / STUDIE / Zugang zu Gesundheitsversorgung für undokumentierte Kinder**

Die Studie „Der Zugang von Kindern ohne Papiere zu medizinischer Versorgung in Deutschland“ von Wiebke Bornschlegl wurde im Mai 2016 veröffentlicht und weist auf signifikante Defizite in der Sicherstellung von Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche hin. Eine Onlineumfrage unter Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge ergab, dass die Frage, wie Behandlungskosten gedeckt werden können, ein zentrales Anliegen ist. Des Weiteren haben undokumentierte Familien Angst bei Behörden gemeldet zu werden und gehen

deshalb nur in akuten Krankheitsfällen zum Arzt. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtete, dass die größte Hürde für den Zugang zu Gesundheitsversorgung die fehlende Geburtsurkunde sei, da die Kinder nicht in offiziellen Registern existieren. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass es keinen Zugang zu bedarfsgerechter, nicht-diskriminierender und fortlaufender Gesundheitsfürsorge für undokumentierte Kinder und Jugendliche gibt. Die Studie kann [hier](#) gelesen werden.

Quellen: [Deutsches Ärzteblatt](#), 12. Mai 2016; [Süddeutsche Zeitung](#), 12. Mai 2016

### **BERICHT / Neuer Bericht über die Rechte von undokumentierten Migrant\_innen auf Sexual- und Reproduktionsgesundheit**

Anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April 2016 veröffentlichte PICUM den Bericht "The Sexual and Reproductive Health Rights of Undocumented Migrants: Narrowing the Gap Between Their Rights and The Reality in the EU" (Die Rechte von undokumentierten Migrant\_innen auf Sexual- und Reproduktionsgesundheit"). Der Bericht ist in englisch und spanisch verfügbar und liefert Empfehlungen für politische Entscheidungsträger, Dienstleister und die Europäische Union. Es soll auf eine Reform der Gesetzgebung und Politiken hingewirkt werden, die bisher den Zugang zu Sexual- und Reproduktionsgesundheitsfürsorge auf Grund des Schutzstatus begrenzen oder verweigern. Um den Bericht zu lesen, klicken Sie [hier](#).

### **GROßBRITANNIEN / BERICHT / Undokumentierte Migrant\_innen werden von Allgemeinmediziner abgewiesen**

Im April 2016 veröffentlichte Ärzte der Welt Großbritannien einen Bericht über die Bemühungen zwischen dem 4. März und 21. Oktober 2015 Patient\_innen bei Hausärzt\_innen anzumelden. Der Bericht zeigt, dass zwei von fünf Patient\_innen unangemessen abgewiesen wurde, als sie versuchten sich beim Hausarzt anzumelden. Dies lag oftmals an fehlenden Identifikationsdokumenten oder Meldeadresse, trotz des universellen Anspruchs auf Grundversorgung durch Hausärzte, der im November 2015 durch Richtlinien des Nationalen Gesundheitssystems („National Health Service“ (NHS)) bestätigt wurde. Unter den abgewiesenen Menschen waren schwangere Frauen, Frauen mit Kindern und Menschen die Traumata oder Menschenhandel erlebt haben. Der Bericht empfiehlt, dass Hausärzt\_innen und Klinikpersonal in Bezug auf den Anspruch auf Gesundheitsversorgung der NHS sowie den Umgang mit besonders schutzlosen Gruppen unter Patient\_innen ausgebildet werden. Das Royal College of General Practitioners veröffentlichte eine [Antwort](#) auf den Bericht, in dem sie Stellung gegen die Pläne der Regierung beziehen, die Migrant\_innen den Zugang zum Hausarzt in Rechnung stellen lassen wollen. Der Bericht von Ärzte der Welt Großbritannien ist [hier](#) verfügbar.

### **USA / Gouverneur von Kalifornien unterschreibt Gesetzesentwurf, der undokumentierten Migrant\_innen gestattet eine Krankenversicherung zu erwerben**

Am 10. Juni 2016 unterzeichnete der Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, den Gesetzesentwurf "[Senate Bill 10](#)", der es undokumentierten Migrant\_innen gestatten wird eine Krankenversicherung zu erwerben. Der Entwurf ist Teil des amerikanischen Gesetzes zur Verbesserung der Gesundheitschancen für US-Bürger („U.S. Affordable Care Act“ (ACA)). Kalifornien ist damit der erste amerikanische Staat, der undokumentierten Migrant\_innen erlaubt in dieser Weise eine Abdeckung der Gesundheitsversorgung zu erhalten. Die Anfrage nach einem Befreiungsschein wartet noch auf Zustimmung der Regierung. Sollte zugestimmt werden, wird der Befreiungsschein es geschätzten 390.000 undokumentierten Migrant\_innen in Kalifornien ermöglichen, eine Krankenversicherung zu erwerben. Kalifornien gestattet des Weiteren seinen undokumentierten Einwohner\_innen das Anmelden für den Führerschein sowie eine Lizenz zur Zulassung als Anwalt zu erhalten.

Quellen: [Los Angeles Times](#), 11. Juni 2016; [PBS](#), 11. Juni 2016

## **ARBEIT UND FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN**

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT / Entschließung erkennt Rechte von Hausangestellten und Pflegern in der EU an**

Eine parteiübergreifende Mehrheit im Europäischen Parlament hat die Rechte von Hausangestellten und Pflegepersonal in der EU anerkannt. Am 28. April 2016 haben Mitglieder des Europäischen Parlamentes (MdEP) eine Entschließung unterstützt, welche die Europäische Kommission dazu aufruft, Modelle für geregelte Arbeitgeber-Angestellten Verhältnisse zu entwickeln, um Unsicherheit und nicht deklarierte Hausarbeit zu beseitigen. In der Beschließung riefen die MdEP zu einer "Professionalisierung" des häuslichen Bereichs auf, um diese unsichere Form der Beschäftigung in eine anerkannte berufliche Tätigkeit umzuwandeln. Dadurch würden

Hausangestellte und Pflegepersonal Sozialschutz erhalten. Die Entschluss fiel mit 279 zu 105 Stimmen; es gab 204 Enthaltungen. Sie können den Bericht [hier](#) einsehen.

Quellen: [Europäisches Parlament Aktuelles](#), 28. April 2016; [Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten Nachrichtenredaktion](#), 28 April 2016.

### **EU / Europäisches Migrationsforum thamtisiert Arbeitsmigration**

Das Europäische Migrationsforum fand vom 6. bis 7. April in Brüssel statt. Teilnehmer waren 120 zivilgesellschaftliche Vereinigungen aus ganz Europa sowie Vertreter der EU und von nationalen, regionalen und örtlichen Verwaltungen. Das Forum bot Teilnehmer\_innen die Möglichkeit, Langzeitansätze zur nachhaltigen Arbeitsmigration und Integration mitwirkend zu diskutieren. Teilnehmer diskutierten Migration in niedrig sowie hoch bezahlten Arbeitsbereichen, Schwarzarbeit und Ausbeutung, Integration von Migrant\_innen und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, und die Rolle von Städten und Gemeinden bei der Integration. Ein Bericht über das Forum kann [hier](#) gelesen werden.

Quellen: [Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschluss](#), April 2016; [Agentur der Europäischen Union für Grundrechte](#), April 2016.

### **BERICHT / Bericht empfiehlt FIFA zu erwägen, Katar bei anhaltender Nichteinhaltung der Menschenrechte die Weltmeisterschaft zu entziehen.**

John Ruggie, Berthold Beitz Professor für Menschenrechte und Internationale Angelegenheiten an der Harvard Kennedy Hochschule, hat einen unabhängigen Bericht über Verantwortung FIFA's als Weltfußballverband bezüglich des Schutzes von Menschenrechten verfasst. Der Bericht wurde im Auftrag von FIFA geschrieben und empfiehlt, Katar die Weltmeisterschaft 2022 möglicherweise zu entziehen falls sich die Behandlung von Arbeitsmigrant\_innen nicht innerhalb von 12 Monaten verbessert. FIFA war in letzter Zeit in den Medien erschienen, weil sie es wiederholt unterlassen hat, bei Gastgeberländern wie Brasilien, Russland und Katar Menschenrechtsthemen zu berücksichtigen und nicht gewillt ist, ihren Einfluss zur Verbesserung der Situation zu nutzen. Ebenfalls hat Amnesty International UK den Vorsitzenden der FIFA dazu aufgerufen, sofortige Schritte zur Verbesserung der Situation und Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigranten in Katar zu unternehmen.

Quellen: [The Irish Times](#), 22. April 2016; [The Guardian](#), 14. April 2016; [The Huffington Post](#), 14. April 2016

### **BERICHT / Das Internationale Komitee zu den Rechten von Sexarbeitern in Europa veröffentlicht Gemeinschaftsbericht über Ausbeutung in der Sexindustrie**

Anlässlich der Begehung des Tages der Arbeit am 1. Mai 2016 hat das Internationale Komitee zu den Rechten von Sexarbeitern in Europa (IKRSE) seinen Gemeinschaftsbericht mit dem Titel: "Ausbeutung: Unfaire Arbeitsregelungen und prekäre Arbeitsbedingungen in der Sexindustrie." ("Exploitation: Unfair labour arrangements and precarious working conditions in the sex industry.") veröffentlicht. Der Bericht wurde im Einvernehmen mit Sexarbeiter\_innen und Sexarbeiterorganisationen verfasst und beabsichtigt, die Leser in die Diskussion über Ausbeutung in der Sexindustrie einzubeziehen. Migrant\_innen und insbesondere Sexarbeiter\_innen ohne Papiere fehlt der Zugang zur Justiz sowie der Schutz durch Beschäftigungs- und Arbeitsrecht. Das bedeutet, dass diese Personen kaum in der Lage sind, eine günstige Ertragslage, Beteiligung und Kommission zu verlangen und auszuhandeln, was wiederum ihr Einkommen stark beschränkt. Zudem wurde festgestellt, dass die Kriminalisierung von Sexarbeit, Rechtsvorschriften gegen Menschenhandel, und repressive Migrationsgesetze die Situation dieser Personen verschlechtern, wobei Durchsuchungen und Gesetzesvollzugsmaßnahmen sie dazu zwingen, im Untergrund zu arbeiten, wodurch sie besonders Ausbeutung und Missbrauch ausgeliefert sind.

Quelle: [International Committee on the Rights of Sex Workers in Europe \(ICRSE\)](#), 1. Mai 2016

## **FRAUEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS**

### **EUROPARAT / Vertragsstaaten zur Istanbulkonvention jetzt geprüft, hervorragende Gelegenheit für Migrantinnenorganisationen**

Staaten, welche die [Europarat Konvention für die Vermeidung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt](#) (Istanbul Convention) ratifiziert haben, werden nun dahingehend geprüft in wieweit sie diese einhalten. Insbesondere verbietet die Konvention Diskriminierung auf Grundlage von Migrationsstatus (Artikel 4) und beinhaltet ein Kapitel über Migration und Asyl (Artikel 59 bis 61). Die Konvention fordert von



Vertragsstaaten, dass sie ihre Gesetze und Politiken mit den Vorschriften der Konvention in Übereinstimmung bringen und sieht ein Expertenkomitee vor, welches jedes Mitgliedsland durch eine Evaluierung sowie eine spezielle Befragungsprozedur überwacht. GREVIO “die Expertengruppe für Aktionen gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt” (the Group of experts on action against violence against women and domestic violence) hat einen vorläufigen Zeitplan für diejenigen Länder erstellt, welche 2016-2017 evaluiert werden sollen, nämlich Österreich, Monaco, Dänemark und Albanien, Montenegro und Türkei, Schweden und Portugal. Diesbezüglich kommt Organisationen, die mit Migrantinnen arbeiten eine wichtige Rolle zu, indem sie Informationen bezüglich der Situation und Erfahrungen von Gewaltopfern mit Migrationshintergrund, inklusive von Frauen ohne Papiere und Asylbewerberinnen auf der Flucht vor geschlechtsspezifischer Gewalt liefern. GREVIO begann die Evaluierung von Österreich und Monaco mit der Entgegennahme von Berichten bis September 2017, anschließend wird es Dänemark und Albanien evaluieren (Berichte werden zwischen September 2016 bis Januar 2017 angenommen). Der Fragebogen über gesetzliche und andere Maßnahmen, welche die Vorschriften der Istanbulkonvention umsetzen, kann [hier](#) gefunden werden. Um die einzelnen Schritte des Evaluierungsprozesses zu sehen, klicken Sie [hier](#). Eine Infografik für die Evaluierung einzelner Länder ist [hier](#). Für weitere Informationen darüber, wie die Zivilgesellschaft sich an dem Überwachungsprozess beteiligen kann, klicken Sie [hier](#).

### **GROßBRITANNIEN / Neues Gesetz beschränkt Abschiebehaft von schwangeren Frauen in Abschiebehaftszentren**

Am 12. May 2016 trat in Großbritannien der [Immigration Act 2016](#) (Immigrationsgesetz) in Kraft, welcher eine Bandbreite von Maßnahmen zur Bestrafung und Einschränkung des Zugangs von Migrant\_innen ohne Papiere zu Arbeit, Unterkunft und mehreren Leistungen beinhaltet. Dennoch hat politischer Druck dazu geführt, dass das Gesetz auch Maßnahmen zum Schutz einer eng begrenzten Kategorie von Migrant\_innen, nämlich schwangerer Frauen, einführt. Abschiebehaft von schwangeren Frauen ist verboten, außer im Fall, dass die Frau in Kürze abgeschoben wird oder das außerordentliche Gründe für die Abschiebehaft vorliegen. Das Gesetz fordert, dass das Wohl der Frau ausreichend berücksichtigt wird, wenn es darum geht zu entscheiden, ob sie schwanger in Abschiebehaft genommen wird. Das Gesetz schreibt auch vor, dass die Abschiebehaft einer schwangeren Frauen nicht länger als 72 Stunden andauern darf – obwohl dieser Zeitrahmen bis zu sieben Tagen verlängert werden kann, soweit ein Regierungsminister dies persönlich beantragt.

Quelle: [The National](#), 10. Mai 2016

## **KINDER OHNE AUFENTHALTSSTATUS UND IHRE FAMILIEN**

### **EU / BERICHT / UNICEF informiert über Flüchtlings- und Migrantenkinder**

UNICEF hat eine neue Child Alert Analyse veröffentlicht mit dem Titel “Danger every step of the way. A harrowing journey to Europe for refugee and migrant children (Gefahr auf jedem Schritt des Weges. Eine schreckliche Reise nach Europa für Flüchtlings- und Migrantenkinder), welche die Reise beschreibt, die zehntausende Kinder in der Hoffnung auf Sicherheit oder ein besseres Leben in Europa unternehmen. Durch Zeugnisse von Kindern selbst enthüllt der Bericht die Traumata, welche die Kinder auf dem Weg nach Europa erleben sowie die Schwierigkeiten bei ihrer Ankunft. Daten, Prinzipien und Handlungsempfehlungen schließen ein, eine volle Anhörung jedes Kindes zu gewährleisten, um dessen Status, bestes Interesse, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Unterstützung u.a. für Schutz, Gesundheit und Bildung zu bestimmen und sicherzustellen. Die Prozedur zur Familienzusammenführung muss beschleunigt und Definition von ‚Familie‘ erweitert werden, so dass Kinder mit ihrer Familie zusammengeführt werden können, wenn es dem Kindeswohl entspricht. Alle Kinder, sowohl in Begleitung als auch unbegleitet, müssen vor Strafmaßnahmen, welche bezwecken, sekundäre Migration zu verhindern, geschützt werden. Betreuungssysteme müssen verstärkt und Kinderschutz zu einem festen Bestandteil der EU Migrationsagenda werden. UNICEF ist ebenso über Abschiebehaft von Kindern besorgt und betont, dass die internationale Gemeinschaft dringend Alternativen zur Abschiebehaft finden muss. Lesen Sie die Informationen [hier](#).

### **STELLUNGNAHME / EU Bündnis für das Investieren in Kinder heißt die EPSCO Ratsschlussfolgerungen willkommen und ruft zu mehr Aktionen auf, um in alle Kinder zu investieren.**

Das EU Bündnis für das Investieren in Kinder hat in einer Stellungnahme den Schlussfolgerungen des Rates Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz bezüglich „Armut und Soziale Ausgrenzung bekämpfen: Ein integrierter Ansatz“ vom 16. Juni 2016 als willkommenen Schritt begrüßt, um Kinderarmut zu thematisieren und das Wohlergehen von Kindern zu fördern. Das Bündnis für das Investieren in Kinder hat die EU Institutionen und Mitgliedsstaaten, insbesondere die baldige slowakische Präsidentschaft, nachdrücklich

dazu aufgerufen, Kinderarmut und soziale Ausgrenzung weiterhin als wichtigen Punkt auf ihrer politischen Agenda zu behalten und eine umfassendere Implementierung der Empfehlung „Investieren in Kinder: den Kreis der Benachteiligung durchbrechen“ voranzutreiben. Es hat auch dazu aufgerufen, solche Politiken stärker zu betonen, welche Kinder- und Familienarmut und soziale Ausgrenzung in den Landespezifischen Empfehlungen thematisieren sowie den positiven Wissensaustausch zur Bekämpfung von Kinderarmut zu dem die Kommission in Form von Peer Reviews und die holländische Präsidentschaft durch die Zusammenstellung bewährter Verfahren ermutigt haben weiterhin zu fördern. Diese [Zusammenstellung bewährter Verfahren](#) wurde in einem Anhang zu den Schlussfolgerungen des Rates veröffentlicht. Die Stellungnahme finden Sie [hier](#).

**EIGENE BERICHTE / Neue Serie von Berichten und Erzählungen von Kindern und Jugendlichen ohne Papiere**  
PICUM hat im April 2016 eine Serie von Selbsterfahrungsberichten und Erzählungen von Kindern und Jugendlichen ohne Papiere begonnen, um die Realität von Kindern und Jugendlichen ohne Papiere in ganz Europa ins Bewusstsein der Bevölkerung zu bringen. Die Berichte verleihen sowohl Kindern und jungen Leuten als auch ihren Eltern, Betreuern oder unterstützenden Organisationen eine Stimme. PICUM wird Berichte und Zitate regelmäßig in Englisch, Französisch und Spanisch in schriftlicher Form oder multimedial im Vorfeld des Weltkindertages im November veröffentlichen und wird auch eine Broschüre mit ausgewählten Selbsterfahrungsberichten im weiteren Verlauf des Jahres herausgeben. Die Erzählungen werden in den sozialen Netzwerken mit dem Hashtag #ShareYourStory veröffentlicht. Wenn Sie eine Erzählung eines Kindes oder Jugendlichen ohne Papiere einreichen möchten, kontaktieren Sie bitte: [elisabeth\(at\)picum.org](mailto:elisabeth(at)picum.org). Der zuletzt veröffentlichte Bericht ist auf Video [hier](#) (auf Englisch) verfügbar. Alle Erzählungen sind online auf [English](#), [French](#) und [Spanish](#) zu finden.

**GROßBRITANNIEN / Britische Regierung wird Kinder ohne Begleitung, die bereits in Europa sind, anerkennen**  
Der britische Premierminister, David Cameron, hat eine Kehrtwende in seiner Haltung vollzogen und im Mai 2016 bekanntgegeben, dass die Regierung Kinder mit unmittelbaren Familienangehörigen in Großbritannien annehmen wird sowie Unterkünfte für Leute bereitstellen wird, die bereits vor dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei angekommen sind. Dies würde Migranten- und Flüchtlingskinder, die sich gegenwärtig in Ländern wie Griechenland, Italien und Frankreich aufhalten, einschließen. David Cameron hat auch gesagt, dass unbegleitete Kinder mit unmittelbaren Familienverbindungen von einem beschleunigten Verfahren profitieren. Die britische Regierung hatte sich zuvor dazu verpflichtet, Flüchtlingskinder aus Syrien und dessen Nachbarländern aufzunehmen, aber hatte dies für die sich bereits in Europa aufhaltende Migranten- und Flüchtlingskinder mit dem Argument abgelehnt, dass sonst noch mehr Menschen kommen würden.  
Quellen: [The Guardian](#), 4. Mai 2016; [BBC](#) 4. Mai 2016

**USA / Sammelklage um Rechtsbeistand für Kinder, denen Ausweisung droht, zu sichern; starker Anstieg von Festnahmen an der Grenze**

Ein Bundesrichter in Seattle, Vereinigte Staaten, hat die Sammelklage einer Koalition von Migrantenrechtsgruppen zugelassen, bei der es darum geht, Rechtsbeistand für Kinder, denen Abschiebung droht, sicherzustellen. Ein Prozess wird am 12. September 2016 beginnen. Der Fall wird Auswirkungen auf die Abschiebung tausender Migrantenkinder haben. Zudem ist laut einer Pew Research Center Analyse von [Daten](#) des US Zoll- und Grenzschutzes die Zahl der Festnahmen von Kindern an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko stark angestiegen. In einem Zeitraum von sechs Monaten zwischen Oktober 2015 und März 2016 gab es 32.117 Verhaftungen von Familien – als solche definiert wenn Kinder mit wenigstens einem Elternteil oder Betreuer reisen. Während der gleichen Zeit wurden 27.754 Kinder ohne Begleitung festgenommen. Die Zahl der Festnahmen von Familien ist über zweimal so hoch wie im Jahr zuvor. Die Zahl der Verhaftungen von Kindern ohne Begleitung hat um 78% zugenommen.

Quellen: [CRINmail](#) 60, 20. Mai 2016; [Pew Research Centre](#), 4. Mai 2016

## ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG

**EU / Aktuelle Übersicht über Überwachung von Abschiebung**

Die EU Agentur für Grundrechte hat ihre [Übersicht](#) über die derzeitige Lage der Überwachung von effektiver Rückkehr in der EU aktualisiert. Die Übersicht liefert die folgenden Informationen für jeden Mitgliedsstaat: die Rechtsquellen für die Überwachung erzwungener Rückkehr; die Organisation, welche für die Überwachung erzwungener Rückkehr verantwortlich ist und inwieweit diese operativ ist; die Anzahl der Überwachungsoperationen in 2015; ob Beobachter an Bord von Flügen sind oder nicht (2014 und 2015); die

Anzahl von Flügen mit Beobachtern an Bord; die Anzahl von Angestellten, die als Beobachter arbeiten; und ob ein offizieller Bericht in 2015 erstellt wurde oder nicht. Die EU Rückführungsrichtlinie (2008/115/EG) verlangt von Mitgliedstaaten, erzwungene Rückkehr systematisch und effektiv zu überwachen. Die Übersicht ist [hier](#) zu lesen.

### **GROßBRITANNIEN / Mehr Personen in Abschiebehaft; unrechtmäßige Inhaftierung kostet £4 Millionen pro Jahr**

Nach den aktuellsten [offiziellen Angaben](#) ist die Anzahl der Personen in Abschiebehaft in Großbritannien in den 12 Monaten bis März 2016 um 4% auf 32,163 von 30,902 vom vorhergehenden Jahr gestiegen. 42 Personen waren länger als zwei Jahre in Abschiebehaft. Ein BBC Antrag gemäß Informationsfreiheitsgesetz hat enthüllt, dass die britische Regierung mehr als £4 Millionen (über €5.1 Millionen) jährlich Personen an Entschädigung zahlt, die unrechtmäßig in Abschiebehaftszentren untergebracht sind. Ca. 30.000 Menschen sind jährlich in britischer Abschiebehaft, was ungefähr £35,000 (€44,500) pro Häftling ausmacht.

Quelle: [Migrants Rights Network](#), 20. April 2016; [BBC](#), 20. April 2016, [Migrants Rights Network](#), 13. Juni 2016

### **SCHWEIZ / BERICHT / Gewahrsamnahme von Migrantenkindern weitläufig praktiziert**

Die Organisation Terre des Hommes, zusammen mit dem Global Detention Project, hat am 22. Juni 2016 einen Bericht über die Inhaftierung von Migrantenkindern in der Schweiz veröffentlicht. Die Publikation mit dem Titel „Unrechtmässiger Gewahrsam von Migrantenkindern in der Schweiz: ein Statusbericht“ („Illegal detention of migrant children in Switzerland: a status report“) stellt fest, dass in der Schweiz herausstechend wenige Informationen über die Praxis der Inhaftierung von Einwanderern, insbesondere von Kindern, öffentlich zugänglich sind. In 2015 wurden in der ganzen schweizerischen Eidgenossenschaft 142 Kinder als sich in Gewahrsam befindend gemeldet. Der ganze Bericht kann [hier](#) auf Englisch, Deutsch und Französisch gelesen werden.

Quelle: [Global Detention Project](#), 22. Juni 2016

### **WEBSEITE / Überwachung von Ausweisungen**

Returnwatch ist eine neue Initiative von Volontären und Rechercheuren, um die Risiken, welche Menschen sich nach einer Abschiebung aus Europa gegenübersehen, zu beobachten. Die Initiative arbeitet unter dem Dach des Post-Deportation Monitoring Network und konzentriert sich auf Rückführungen in die Türkei im Rahmen der Implementierung des EU-Türkei Abkommens. Zweck ist es, politische Entscheidungsträger in Europa und der Türkei für die Abschiebungspraktiken zur Verantwortung zu ziehen und zu verfolgen, ob die Rückkehrenden individuellen Zugang zu internationalem Schutz haben. Die Initiative bezweckt, abgeschobene Leute mit Anwälten und nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen in der Türkei zusammenzubringen. Migranten, denen die Ausweisung droht oder die bereits in die Türkei abgeschoben wurden, werden ermutigt, sich mit der Initiative [hier](#) in Verbindung zu setzen.

Quelle: [Returnwatch](#), April 2016

## **VERÖFFENTLICHUNGEN UND PUBLIKATIONEN**

### **LÄNDER KURZBERICHTE / Einbeziehung von Migranten ohne Papiere in die Ziele der Strategie EU 2020**

Anlässlich des Internationalen Tages der Arbeit hat PICUM zwei Länderkurzberichte veröffentlicht mit den Titeln „Migranten ohne Aufenthaltssatus und die Strategie Europa 2020: Soziale Inklusion für Alle Migranten in Deutschland“ ('Undocumented Migrants and the Europe 2020 Strategy: "Making Social Inclusion a Reality for all Migrants in Germany') und „Migranten ohne Aufenthaltssatus und die Strategie Europa 2020: Soziale Inklusion für alle Migranten in Spanien“ ('Undocumented Migrants and the Europe 2020 Strategy: Making Social Inclusion a Reality for all Migrants in Spain'). Diese Kurzberichte diskutieren die Einbeziehung von Migranten ohne Papiere in die Strategie Europa 2020 in Deutschland bzw. Spanien. Der Bericht für Deutschland ist auf Englisch und [Deutsch](#) und der Bericht für Spanien auf Englisch und Spanisch erhältlich. Um die Länderberichte zu lesen klicken Sie [hier](#).

### **BERICHT / Amnesty International: Menschenrechte unter globaler Bedrohung**

Amnesty International hat den Jahresbericht 2015/2016 veröffentlicht, welcher die globale Bedrohung für Menschenrechte hervorhebt. Mit Bezug auf Migranten steht im dem Bericht, dass unzählige Migranten und Flüchtlinge Intoleranz, Fremdenhass, Missbrauch und Verstößen begegnen. Mindestens 30 Länder haben Migranten und Flüchtlinge unrechtmäßig dazu gezwungen, in Länder zurückzukehren, wo ihnen Gefahren drohen. Im Bezug auf Menschenrechte in Europe hebt der Bericht ebenso hervor, dass die Politiken, welche die

Wahrung der Menschenrechte angesichts der wachsenden Zahlen von Migranten und Flüchtlingen sicherstellen sollen unzureichend sind. Um die Hauptargumente einzusehen und einen Überblick zu gewinnen, klicken Sie [hier](#). Um den gesamten Bericht zu lesen, klicken Sie [hier](#).